

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mf. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 76.

Donnerstag, den 30. März 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Einen neuen Abonnenten

noch bis zum bevorstehenden Quartalswechsel für das Parteiblatt zu gewinnen, sollte sich jeder eifrige Parteigenosse zur Pflicht machen. Je mehr Abonnenten, um so einflussreicher und wirksamer ist das Blatt. Darum benutze die nächsten Tage zur Aufklärung der indifferenten Kollegen, Nachbarn und Freunde über die Schädlichkeit der bürgerlichen Presse und veranlaßt sie zum Abonnement auf den „Lübecker Volksbote“.

Politische Klatschen.

Deutschland.

Teure Spielerei. Wie berichtet wird, ist hinsichtlich der Ueberzieher der Offiziere der Marine Infanterie eine Aenderung verfügt worden. Hat man denn gar nichts Besseres zu tun als Uniformveränderungen zu erfinden und zu verfügen?

Dank vom Hause Agraria erhält fortgesetzt Graf Bülow für die Art, wie er Handelsverträge zustande gebracht hat. So erklärte neuerdings einer der Hauptredner der Hochagrarien, der Reichstagsabg. v. Döbering Jaruschau in einer Sitzung des Ausschusses der wirtsch. Landwirtschaftskammer für das Reichswesen nach der „Danz. Ztg.“, daß die Wünsche jetzt nicht mehr genügt seien, der Regierung Opposition zu machen. Man habe mit der Regierung Frieden geschlossen. Wenn man bedenkt, wie unvollständig im Allgemeinen die Forderungen sind und wie wenig sie sonst die ihnen zugesprochenen Vorteile als befriedigend anerkennen, so kann man ersehen, welche einen seltenen Happen sie diesmal bekommen haben.

Die Bergarbeiter, schußnovelle. Am gestrigen Dienstag wurde die Beratung der Bergarbeitervorlage im Reichstagsparlament fortgesetzt und — beendet. Abg. Wolff-Dissa (SPD) erklärte, wie „Wolff“ meinte, daß seine Freunde sich gern an der Kommissionsberatung beteiligen würden. Abg. Freyler u. Sedlich (Freisinnl.) sagten, daß Berggesetz sei reformbedürftig; er habe es aber für einen Mißgriff, das Gesetz zu einem Zeitpunkt einzubringen, wo der Konflikt zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sei. Die Bekämpfung des Ministerpräsidenten, er habe das Ziel, den Streik bald zu beenden, durch ein Telegramm an die Arbeiter erreicht, treffe nicht vollständig zu. Tatsächlich sei der Streik beendet, weil es den Streikenden an Geld fehle. Die Vorlage hätte schon vor Jahren eingebracht werden müssen, als die erste Möglichkeit eines Generalausstandes sich bemerkbar machte. Die Befürchtung liege nahe, daß die Arbeiter hoffen, die Regierung werde ihnen bei einem Generalausstand noch weitere Entgegenkommen, was nur auf Kosten und zum Schaden der Industrie zu machen wäre. Der Zunderbann der Sozialdemokratie über die Massen werde durch die Vorlage nicht gebrochen, eher gefährt werden. Man müsse sich durch das Wort Sozialdemokratie nicht hypnotisieren lassen. Das durchaus berechtigten Streben der Arbeiter, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, das der Staat durch seine soziale Gesetzgebung auch anerkenne, muß sich in den Grenzen bewegen, die durch das alte preussische Leitzum sum cuique (Jedem das Seine) gekennzeichnet sind. Abg. Korfanty (Volk) findet die Schutzbestimmungen des Gesetzes nicht ausreichend und wirft der Regierung vor, daß sie in den obersteinsten Bergwerken Sozialdemokraten züchtet. Oberberg-Inspektor v. Reiffen teilt diesem Vorwurf entgegen. Abg. Braß (SPD) wünscht namentlich Einschränkung der Arbeitszeit für den ganzen Bergwerksbetrieb. Abg. Schild (SPD) fährt aus, die amtlichen Protokolle

hätten erwiesen, daß die angeblichen Mißstände arg übertrieben seien und erklärt die Aeußerungen Bülows für unrichtig, daß der Abg. Hehl im Reichstage eine schleunige Einbringung der Bergarbeiter vorübergehend verlangt hätte. Hehl habe im Gegenteil vor einer überhasteten Einbringung gewarnt. Demgegenüber wies Minister Müller an der Hand des stenographischen Berichtes nach, daß Hehl tatsächlich die von Bülow zitierten Worte unter dem Beifall der Nationalliberalen gebraucht habe. Der Minister widersprach der Behauptung, daß die Arbeitswilligen nicht genügend geschützt worden seien und erklärte, er erwarte durch die Vorlage einen erheblichen Einfluß auf die Sozialdemokratie. Die Vorlage wurde dann einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen? — Der erste Teil der Komödie ist beendet; wann wird der zweite folgen?

Flottenverdringung. Die für die nächste Reichstagsession zu erwartende Flottenvorlage wird nach den Aeußerungen des Admirals v. Tirpitz sechs Panzerkreuzer und sieben Torpedoboote fordern. Darüber will die Regierung vorerst nicht hinausgehen. Auch Wülffel II. hat in seiner Bremer Rede durchblicken lassen, daß er im großen und ganzen das Flottenprogramm von 1900 noch für ausreichend hält. Damit bleibt die Flottenvermehrung allerdings weit hinter den phantastischen Zielen des Flottenvereins zurück; aber nur scheinbar, an die Stelle der Vermehrung soll nämlich jetzt die Verdringung treten. Die „Eisenzeitung“ glaubt auf Grund besserer Informationen folgendes mitteilen zu können. Es ist auf jeden Fall zu erwarten, daß die neue Flottenvorlage eine erhebliche Steigerung des Displacement der Panzerkreuzer vorzieht, da die übrigen Seemächte Fahrzeuge dieses Schiffstyps meist nicht unter 14 000 Tonnen bauen, während der deutsche für 1905 geplante Kreuzer D nur 11 600 Tonnen aufweist. Mit der Vergrößerung des Displacement wird auch eine Erhöhung der Armierung Hand in Hand gehen. Für die am Schiffbau interessierende Industrie fällt eine solche Erhöhung des Displacementes fast ins Gewicht; man kann diesen Faktor berechnen, wenn man die Herstellungskosten eines Unionschiffes von der Größe der Braunschweigklasse (mit 13 200 Tonnen) mit denen eines Kreuzers von etwa 16 000 Tonnen vergleicht. Rechnet man nämlich für Schiffe des ersten Typs etwa 25 Millionen Mark, so kann man für den letzteren etwa 32 bis 33 Millionen Mark in Anspruch bringen. Außerdem ist auch eine ganz bedeutende Vergrößerung der noch zu bauenden U-Boote, die 1906 auf Stapel gelegt werden sollen, angeht die Fortschritte in anderen Marinezweigen zur unbedingten Notwendigkeit geworden. Vorausgesetzt wird die neue Vorlage auch in dieser Beziehung Klarheit schaffen. Unangenehm ist dagegen, daß man mehr von der Bau kleiner Kreuzer, deren Wichtigkeit keineswegs verkannt wird, aber den der Torpedoboote in den Vordergrund stellen wird. — Wenn sich dies alles bestätigen sollte, dann steht freilich das Flottenprogramm des Herrn v. Tirpitz ganz anders aus; es wird durch die Verdringung ein so geschwundenes Gesicht bekommen, daß auch der Geschwind des parlamentarischen Flottenvereins nichts mehr daran ansetzen kann. Erst vermehrt man die Flotte, dann verdringt man sie, dann vermehrt man sie wieder usw. usw. Es ist die reinste Gewaltmaß!

Russischer Rechtsbruch. Wie aus Opatow berichtet wird, ist unweit Grabow ein Schmuggler von russischen Grenzpolizisten auf preussischem Gebiet erwischt worden. — Wenn sich die Möglichkeit dieser Meldung bestätigt, so wäre der geheimnisvolle Probst der deutschen Regierung gegen eine derartige flagrannte Grenzverletzung unerläßlich. Aber die starke deutsche Regierung wird sich auch die neue Freiheit des russischen Grenzlandes ruhig gefallen lassen. Wer läßt nicht von Art, und Bülow hat mehr zu tun, als sich um solche Kleinigkeiten zu kümmern.

Zentrum und Unterstützung der Ruhr-Bergleute. Es ist wiederholt festgestellt worden, daß das „Arbeiterfreundliche“ Zentrum in keiner einzigen der vielen Städte und Gemeinden, in denen es im Ruhrgebiet die Mehrheit hat, auch nur einen roten Heller für die Bergleute bewilligt. Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, hat nun das Sprachrohr des Kölner Kathaus-Zentrums, des „Völkischen Volks-Anzeiger“, mehrmals aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob es wahr sei, daß in den Fraktionsitzungen der Kölner Zentrum-Stadtverordneten zwar die Unterstützung gefordert, daß sie aber von der Zentrumsfraktion fallen gelassen worden sei. Der „Völkische Anzeiger“ antwortete ausweichend, bestritt aber die Behauptung der „Rheinischen Zeitung“ nicht. Darauf stellte unser Parteiblatt auf Grund dessen fest, daß in der Tat die Unterstützung der Ruhr-Bergleute von der Kölner Zentrumsfraktion des Stadtverordneten-Kollegiums in der Fraktionsitzung abgelehnt worden sei. Das war zu Anfang voriger Woche. Es heute hat man auf diese Feststellung mit keiner Silbe erwidert. Man gibt sie also stillschweigend zu. Wie schon früher betont, gehört zu den Kölner Zentrum-Stadtverordneten auch der große Henosmiller-Sozialpolitiker

des Zentrums, Reichstags-Abgeordneter Karl Trimborn!

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beantragte die Beantragung der Wahl des Abgeordneten Schlüter (SPD), der bei 6 Frankfurter Wahlkreise (3. und 4. Wahlbezirk) gewählt worden ist mit 9017 Stimmen gegen Dr. v. Meißner (SPD), der 4714 und Silberstein (SPD), der 3745 Stimmen erhielt. Ferner beschloß sie, hinsichtlich der Wahl des Abgeordneten v. Massow, der mit nur 13 Stimmen Majorität gewählt ist, Erhebungen anzustellen.

Der Kuffenkurs vor Gericht. Eine am 15. März im „Simplissimus“ erschienene Satire „Staatshörsal“ von Ludwig Thoma sollte Montag an dem Verfasser und an dem verantwortlichen Redakteur des „Simplissimus“ gerichtet werden. Der Stuttgarter Staatsanwalt sah in der Satire, wie schon früher seine Kollegen in Königsberg und Hannover, eine Beleidigung der Königsberger Polizei. Der Redakteur der „Königsberger Volksztg.“ war denn auch wegen Abdruck der Satire zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Die beiden Angeklagten waren zu der Verhandlung persönlich erschienen. Redakteur Lina u. Vogel erklärte nach dem „Vorm.“, die Satire richte sich keineswegs gegen tatsächliche Polizeiführer, sondern gegen die preussische Regierung und gegen den Reichskanzler. Thoma meinte darauf hin, daß die Satire geschrieben sei unter dem Eindruck der Rede des Reichskanzlers zu der sozialdemokratischen Jahreskollation über die Auslieferung russischer Staatsbürger und unter dem Eindruck der Tätigkeit der russischen Polizei in Preußen. Der Staatsanwalt hielt demgegenüber daran fest, daß nur die Königsberger Polizei beleidigt sein könne, nicht der Reichskanzler, denn es sei zwar in dem Artikel auch vom Reichskanzler die Rede, aber der Reichskanzler sei nicht lediglich preussischer Beamter, so daß im besonderen die in der Satire erwähnte „ein russischer Sumpf“ nicht auf einen preussischen Beamten gerichtet sei. Der Reichskanzler ist nicht. Der Staatsanwalt beantragte für jeden der Angeklagten 100 Mk. Geldstrafe. Hierauf ergriff Thoma nochmals das Wort. In verbindlichem Ton überzog er die Staatsanwaltschaft mit Hörsal wegen der Nachforschung, die sie in Königsberg nach dem Helden der Satire, dem Studenten Stiffenow, hatte pflegen lassen und weil sie diesen Schwabacher zum Kronen aufseher durch die amtliche Feststellung, dieser Student sei in Königsberg nicht zu finden gewesen. Dann wendete sich Thoma der Person des Reichskanzlers zu, dessen Kant-Behandlung er unter fortdauernder Feindschaft des Auditoriums, der der Verhandlungsleiter vergeblich zu hemmen suchte, an den Laten Krants und an dem jüdischen Kuffenkurs auf ihren wirtlichen Wert untersuchte. Königsberg sei als Schauplatz der Satire angebracht gewesen, als preussische russische Grenzstadt, als Schauplatz des Königsberger Prozesses und als Grenzort Krants, den der Reichskanzler mit 10 schönen Worten absetzt habe, während seine Laten einen Hörsal auf den Weisen von Königsberg bilden. Der Gerichtshof schloß sich der Argumentation der Angeklagten an und erkannte, wie bereits in der heutigen Beilage berichtet, auf Freisprechung, da die Kritik der Satire sich nicht gegen die Königsberger Polizei, sondern gegen den Reichskanzler richtet. — In Stuttgart erfolgte also Freisprechung, in Königsberg Verurteilung. So etwas kennt sich deutsche Justiz!

Was wird Bubbe dazu sagen? Die württembergische Eisenbahnverwaltung ist im letzten Gegenstand zur preussischen bemüht, ihren Betrieb den Wünschen und Bedürfnissen des Publikums gemäß zu gestalten, und in diesem Bestreben schenkt sie sich nicht davon, den Rat der Sozialdemokraten einzukolen. Die Eisenbahnbetriebsinspektion in Stuttgart überhandte nämlich dieser Tage dem Stuttgarter Arbeiter-Sekretariat einen Entwurf zum Sommerfahrplan für 1905 mit dem Ersuchen, etwaige Aenderungen vorzuschlagen der Arbeiterkassen der Eisenbahnverwaltung halb zur Kenntnis zu bringen. Die Arbeiter, welche an dem Sommerfahrplan interessiert sind, werden sich nun in einer demnächst stattfindenden Versammlung mit dieser Angelegenheit befassen und ihre Wünsche der Eisenbahnverwaltung übermitteln. — Für den richtigen preussischen Bureaucraten bedeutet ein solches Vorgehen nicht mehr und nicht weniger als den „Anspruch alles Befehlenden“. Wie sollte auch ein Bubbe noch regieren können, wenn er auf die Bedürfnisse des Pöbels Rücksicht nehmen und seine Pläne in öffentlichen Arbeiterversammlungen zur Erörterung stellen müßte?

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der händliche Arbeiter Wilhelm Reichmann in Königsberg hatte den Majestätsbeamten Johann Baum wegen Majestätsbeleidigung denunziert. Der Staatsanwalt bemerkte bei der Verhandlung, ob es schon gewesen ist, daß Reichmann im vorliegenden Fall eine Anzeige erstattete, wolle er nicht erörtern. Auf die Einsprüche dieses Jungen wolle er die Anzeige auch nicht stützen. Aber die Aeußerung sei unzulässig gefallen. Dem Angeklagten stehe milderns zu Selt, daß er bisher unbescholtener war, daß er ange-

trunken war und daß er nicht aus antimonarischer
Einsinnigkeit die Belästigung gemacht habe. Er beantragte
das Strafamt von 2 Monaten. Das Gericht erkannte
auf Freisprechung. — Wegen Majestätsbeleidigung
verurteilte die 3. Strafkammer des Landgerichts Steinfen
den Dienstmann Hermann Pyritz zu drei Monaten
Gefängnis.
Nur Gärung, kein Aufstand soll in Kamerun
herrschen. Die Meinung der „Nationalzeitung“ über einen
schon begonnenen Aufstand soll übertrieben sein. Daß die
Böge in dieser Kolonie im höchsten Grade unsicher ist, geht
aus einer Meldung des Gouverneurs hervor. Darin heißt
es: „Mit der Möglichkeit eines Aufstandes wird gerechnet.“
Vorläufig ist alles ruhig. Die Verwaltung im Südosten
hat unter Hinweis auf die Gärung an verschiedenen Stellen
um Verstärkungen gebittet. Danach wäre ein Aufstand
noch nicht im Gange, es kann aber jeden Augenblick dazu
kommen.

Die deutschen Mandarins in den Kolonien. Aus
Deutsch Ostafrika meldet die „Frankfurter Ztg.“ folgende
Inhaltsübersicht: Der Aufstand in Deutsch-Ostafrika
hat bei der Anwesenheit des Prinzen Adalbert in
Der es Salams wieder einmal Wüten getrieben. Große Er-
regung unter den Afrikanern hat das Verfahren hervorgerufen,
das bei der Feierlichkeit zum ersten Spatenstich der Niropo-
baha bestanden wurde. Die „D. Ostaf. Ztg.“ schreibt darüber:
„Die beherrschende Firma H. G. Holzmann u. Co. sprach in
stiller Erwartung der Spatenspieße der Niropo-
baha Salams, von denen wohl jeder sein Scherflein zum Ge-
lingen dieser Sache beigetragen hätte, als ihre Gäste betrach-
ten zu dürfen. Von maßgebender und natürlich afrika-
nischer Seite — das ausführende Organ dieses ungenannt
— wurde der Plan ausgeführt. Und bei dieser größten
allgemeinen Feier waren außer den Oberbeamten
und den Chefs der hiesigen Firmen — nur
die Offiziere der Kriegsmarine anwesend,
welche letztere da sein mußten, aber doch keineswegs den er-
blichsten Verdienst und Interesse an dem Zustandekommen
des Spatenstiches haben konnten. Ohne zu übersehen, sind
hundert von Beamten und Privatleuten, alle Kolonisten und
Beamte bis zu vierhundertjährigen und längeren Aufenthalt
in der Kolonie, Herren, die den Offiziersstand zu tragen be-
rechtigt sind, und vor allem alle Kolonialbeamten, die sich
diese Jahre um das erstbeste große Ziel, die Bewilligung
der Bahn, gekümmert haben, bei dieser Feier übergeben, von
diesem festgehalten werden.“ — Die Sache ist zu lächer-
lich, um ernsthaft behandelt zu werden. Ein Bürgerkrieg,
das sich heranzog hätte läßt, verdient's nicht & für!

Neue politische Nachrichten. Der preussische
Bergarbeiter-Kongress ist gestern in Berlin zu-
sammentreten, um Stellung gegen die Berg-
gesetzkommission zu nehmen. Die Regierung ist na-
türlich nicht vertreten. — Präsident Ballestrin hat beab-
sichtigt, dem Reichstag vorzuschlagen, die Oster-
ferien am 5. April beginnen zu lassen. — Die Ber-
liner Zeitung „erfährt man doch vom 1. April ab eine
Veränderung ihrer Erscheinungsweise; die Morgenausgabe
wird mit der im gleichen Verlage erscheinenden Ber-
liner Morgenpost, die Abendausgabe mit der
Berliner Abendpost verschmolzen, während die
Mittagsausgabe (S. 8. am Mittag) bestehen bleibt und
erweitert werden soll. — Ein deutscher Luchtschiff-
Kongress soll nach einer Berliner Meldung an den
Pflanztagstagen in einer Stadt Mitteldeutsch-
lands abgehalten werden. Auf dem Kongress soll u. a.
verhandelt werden über Organisation des anarchistischen
Generalstreiks, über Parlamentarismus, antimilitärische
Propaganda, über Organisation und Agitation. An der
Konferenz, die da versammelt werden wird, werden die preu-
ssischen Volksparteien ihre Freunde haben! — Ein eigenes
Präsidium wollen die Grubenbarone von
Weichseln sich einrichten. Man sollte meinen, die den
Herren ergebene Presse hätte während des Streiks schon
genug gegeben. — Das Vereinsrecht für
Elsen wird jetzt vom alljährlichen Landesausstellung
ausgeübt. Frauen und Kinder dürfen nicht ausge-
schlossen werden. Herr von Müller verweigerte den Ent-
scheidungs und es ist sehr zweifelhaft, ob trotz der lebhaften
Opposition, die Unizur fand, wesentliche Verbesserungen
vorgenommen werden. — Der Präsident der preussischen
Nationalversammlung in Kana (Korea),
Kawajimochi, erklärte in einer an die Kaiserin gerichteten
Proklamation, daß die Nationalversammlung die Ver-
einigung Koreas mit Griechenland prokla-
mieren habe.

England.
Die Anstandsbebewegung in Petersburg ist
wieder im Gange. Die „Berl. Ztg.“ erzählt
aus Petersburg: Hier beginnt wieder Anstands-
bewegung. Heute sind 35 000 Arbeiter ausständig. Die Re-
gierung ist noch immer der Ansicht, daß ein Kommissar
benannt werden muß. — Der Prozess Gerli er-
öffnet hat sich wieder gegen Maria Gerli, die Petersburger
Gehilfin die Mordtat erfuhr, weil dieser durch re-
volutionäre Propaganda von dem Staat ver-
bottene Schriftstücke ausgehändigt haben soll. Die
Hauptfrage, die auf diese Angelegenheit bezieht, beträgt drei
Jahre Gefängnis. Der Prozess wird am nächsten
Gonntag ohne Rücksicht auf die geschlossenen
Türen gegen Maria Gerli verhandelt werden. Als
zweite Zeugin für den Prozess kommt der Senat in Be-
tracht. Gerli hat für beide Angelegenheiten den hervorragenden
Rechtsanwalt Schulenberg als Vertreter beigestellt. —
Der Vorkriegsstand in Südafrika wird nicht
immer gütlich vertragen; besonders in Kapstadt
erhöht sich die Bewegung, die die Schiedsrichter-
Konvention als nicht zulässig, in bezuglicher Weise.
Auch in Kapstadt die Bewegung des Gouvernements
Differenzen hat Vorkriegsstandes aufgehoben.
Mit Südafrika werden Trossen beschickt. Je-
mal sind drei Wochen dauernd Aufstand der
Arbeiter der von einem Hütergehilfen in Kapstadt
wird das Land auf unbestimmte Zeit geschlossen. 14 000
Arbeiter des Hütergehilfen und der Hüter leben in Kap-
stadt, nachdem sie abgelehrt waren. — In Sü-
dafrika ist der kleine Belagerungsstand ver-
hängt worden. Der Hütergehilfen der Hüter!

England und Japan.
Der parlamentarische Kampf um den Hütergehilfen.

wie über die Absichten des Generaldirektors mit der
„Köln. Ztg.“ mitgeteilt, daß Generaldirektor beachtet
sein werde, sein Gees nicht dem Wagnis einer
neuen großen Schlacht auszusetzen, sondern
rechtzeitig den Rückzug anzutreten. In hohen
russischen Militärkreisen ist man der Ansicht, man müsse diesen
Krieg nach dem Vorbild von 1812 führen, das heißt mit
zäher Ausdauer und Geduld. Sachalin und Wladiwostok
kommen leicht in japanische Hände fallen, aber die entschei-
dende Frage ist doch nicht ihre Besitz sondern ihre Ver-
sicherung zu, wie weit die Japaner von Bomarsund fortziehen
können.

Die Japaner sind jetzt bestrebt, die Russen immer mehr
nach Norden zu drängen, um sie von der Eisenbahn
abzuschieben.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Süddeutschen Volksboten“
Berlin, den 28. März 1905.

174. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.
Am Bundestisch: Hr. v. Stengel.
Die zweite Staatsberatung wird beim Etat
der Zölle, Verbrauchssteuern und Werten
fortgesetzt.

Zum Titel Zölle begründet
Großkanzler (K.) eine Resolution auf Aufhe-
bung der Stundung der Zollkredite für Ge-
treide- und Milchprodukte vom 1. Juli 1905 bis zum 28.
Februar 1906.

Schlagkretzer (F.) v. Stengel: Ich bin außer
Lage, schon jetzt zu der mir erst jetzt bekannt gewor-
denen Resolution Stellung zu nehmen. Sie scheint mir nicht
unbedenklich, da sie einen tiefen Einschnitt in den Getreide-
handel und so eine Verschlechterung unseres Verhältnisses
zu den Vertragsstaaten bedeuten würde. (Sehr richtig! v.
d. Brühl.) Andererseits würde uns eine Vorrichtung von
Getreide unerwünscht sein. Erst bei der Abschätzung der
möglichen Ernterträge im In- und Auslande wird
sich feststellen lassen, ob und wie weit Nachdruck mit den
Zollkrediten getrieben wird. Der Handel wird darauf
rechnen müssen, daß wir im Herbst eine Vorlage zur Ver-
hinderung solcher Maßnahmen einbringen werden.

Speck (B.) ist für Überweisung der Resolution an
eine gleichberechtigte Kommission.

Samy (M.) ist für die Resolution.
Singer (G.) ist gegen die Resolution.

Dr. Baasche (M.) ist teils für, teils gegen die Re-
solution und behält sich seine endgültige Stellung für die
Kommissionsberatung vor.

Dr. Wolff (M.) ist für die Resolution und
ihre Überweisung an die Kommission.

Kämpf (F.) erklärt sich gegen die Resolution.
Für die Landwirtschaft ist durch die Handelsbeiträge wahr-
lich genug gesehen. (Sehr richtig! links.)

Schäfer (M.) ist für die Resolution.
Kornhäuser (F.) ist gegen die Resolution.

Groß Schwerin-Löwis (K.) verteidigt die Re-
solution, indem er betont, daß nicht die Vertragsstaaten,
sondern die wirtschaftlichsten Staaten den Hauptnutzen
von den Zollkrediten haben.

Dr. Müller-Sagan (F.) bezeichnet die Resolution
als ein illegales Vorgehen gegenüber dem Ausland.
(Sehr richtig! links.)

Die Abstimmung über die Resolution wird für die
dritte Lesung zurückgestellt.
Der Titel Zölle wird nebst einem Kommissions-
zweck betr. zollfreie Verwendung von Benzol
angenommen.

Beim Titel Zuckerversteuerung macht
Schmidt-Wangleben (M.) auf die günstigen Fol-
gen der Zuckerkonvention für die Erträge der Zucker-
steuer aufmerksam. In den Verhandlungen mit den Ver-
einigten Staaten muß die deutsche Zuckerindustrie genügend
berücksichtigt werden. Die englische Konjunkturindustrie ist
durch billigen deutschen Zucker und deutsches Obst in die
Höhe gekommen. Wir müssen die deutsche Konjunktur-
industrie fördern und den Verbrauch des Zuckers im
Inlande erhöhen. (Sehr richtig! links.)

v. Staubs (K.) ist für über die Folgen der Brüsseler
Zuckerkonvention noch nicht klar.

Dr. Baasche (M.) ist theoretisch für, praktisch gegen
eine ausgedehnte Herabsetzung der Zuckersteuer. Eng-
land hat die Bedingungen der Konvention loyal erfüllt.
(Sehr richtig! links.)

Gegenwartig Kahl bestätigt die Angaben des Vorred-
ners und erklärt zur Zeit Herabsetzung der Zuckersteuer für
unmöglich.

Dr. Baasche (F.) feiert die Brüsseler Zucker-
konvention, regt eine entsprechende internationale Eisen-
konvention an und tritt für möglichste Herabsetzung der
Zuckersteuer ein. (Beifall links.)

Redebour (S.) ist im Gegensatz zum Abg. Dr.
Baasche für die Meinung, daß eine Ermäßigung des
Zuckerpreises um 2 Bgr. pro Pfund doch eine wesentliche
Konsumtionserhöhung hervorruft, vorausgesetzt freilich,
daß nicht andere Faktoren das Arbeiterbudget ungünstig
beeinflussen. Die Militärverwaltung hat den Versuch ge-
macht, die Soldaten mit Zucker auszustatten, und wird
besonders mit diesen Versuchen fortfahren. Der Zucker
muß in Deutschland wie in England zum Volksnahrungsmittel
werden. Wir freuen uns, daß auch die Freisinnigen
für eine möglichst baldige Herabsetzung der Zuckersteuer
sind. (Beifall links.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des
Staats der Zölle usw., der Etat der Reichskampel-
abgaben und mehrere kleinere Staats.

Es folgt die Debatte über die Matrikular-
beiträge und die Zuschußanleihe. Die Kommission
hat die Zuschußanleihe in der Höhe von 51 Millionen ge-
funden.

Schlagkretzer (F.) v. Stengel bittet das Haus,
wenigstens in dritter Lesung die Regierungsvorlage wieder-
berücksichtigen oder doch zum mindesten eine Annäherung an
die Regierungsvorlage in Erwägung zu ziehen. Durch
die Übernahme der 51 Millionen für Anleiheforderungen
aus dem Extraordinarium in das Ordinarium ist der
Gesamtetat, der den Bundesstaaten gestundet werden
muß, auf 70 Millionen gestiegen. Auf die Decker kann die
Reichskasse auf diese 70 Millionen Mark nicht verzichten,
die Bundesstaaten müssen auf die Preisunterstützung der
Summe rechnen und sehen sich daher außer Stande, ihre
Anleiheforderungen zu erfüllen. Die 70 Millionen sind der
Trossen, der das Glas Wasser zum Ueberlaufen bringen
kann, immerhin ein ganz unangenehmer Trossen. (Weiter-
links.) Eine Finanzreform ist unbedingt notwendig, konnte
aber nicht am Ende der Handelskredite vorgenommen
werden. Ich bitte das Haus, die von der Regierung vor-
geschlagene Finanzierung des Staats zu genehmigen und
die Bundesstaaten nicht allein zu belassen. (Beifall Bravo!
regal.)

Dr. Brunnermann (W.) schlägt sich unter ge-
rauer Darlegung des Staats des Fürstentums Schaum-
burg Lippe den Ausführungen des Schlagkretzers an.

Baig (M.) spricht sich unter Darlegung der Staats-
verhältnisse von Koburg und anderen Bundesstaaten
im Sinne des Schlagkretzers aus und behauptet, daß der
preussische Finanzminister nicht am Platze sei. (Zuruf:
Herrenhaus!) Preußen mit seinen gefüllten Sparschöpfen
kann freilich die Belastung besser tragen, als die armen
kleinen schwachen Bundesstaaten.

Hr. v. Nitzsche (N.) verteidigt
Preußen gegen die von Vorredner erhobenen Vorwürfe.
Die Matrikularbeiträge sind eigentlich ein unorganisches
Glied in unserer Reichsfinanzierung, so daß wir eigentlich
dagegen sein müßten. Aber eigentlich liegt es doch an der
schlechten Finanzverwaltung, wenn mehrere Bundesstaaten
schlechte Finanzen haben. Dafür können wir sie doch nicht
noch belohnen. Und da wir ordentliche Ausgaben nicht
durch Zuschußanleihen decken dürfen, so sind wir vorläufig
für Aufrechterhaltung der Matrikularbeiträge, obgleich wir
eigentlich dagegen sind. (Beifall bei einem Teil der
Rechten.)

Singer (G.): Wir hoffen, daß sich die Hoffnungen
des Schlagkretzers auf die dritte Lesung nicht erfüllen
werden. Dem Bumpsystem muß doch endlich ein Ende
gemacht werden. Wenn die vorhergehenden Führer der national-
liberalen Partei die Rede des Abg. Baig gehört hätten, so
würden sie sich in Grabe umdrehen. (Lachen b.d. Mat.) Wenn
Herr Baig für Schutz der Schwachen ist, warum erhebt
er dann nicht seine Stimme gegen die indirekten Steuern
auf Artikel des Massenkonsums? (Sehr richtig; bei den
Soz.) Wir werden auch in der dritten Lesung an den Be-
schlüssen der Kommission festhalten. Zur Zeit bilden die
Matrikularbeiträge den einzigen Damm gegen die userlose
Gees- und Mannepolitik. Wir sind im Prinzip auch gegen
Stundung der Matrikularbeiträge. Die Verzinsung würde
noch erziehlischer auf die Bundesstaaten wirken. Bei der
Abrechnung gegen direkte Reichssteuern, der erst recently der
preussische Finanzminister so drastisch Ausbruch gegeben hat
ist leider zu befürchten, daß die geplante Finanzreform uns
wieder indirekte Steuern beschert. Aber wenigstens in der
Frage der Matrikularbeiträge sollen die Einzelstaaten die
Suppe auslöffeln, die sie sich selbst eingebracht haben.
(Beif. bei den Soz.)

Gröber (B.) beschwert den Kommissionsbeschluss.
Die Matrikularbeiträge gehören zum Prinzip des Bundes-
staates. Wenn es sich um Überweisungen an sie handelt,
sind die Einzelstaaten gar nicht so zimperlich. (Sehr gut
im Zentrum und links.)

von Kardorff (M.) ist auch für den Kommissions-
beschluss, da mit der Bumpwirtschaft aufgeräumt werden
muß. Herr Baig hat die finanzielle Lage der Einzel-
staaten zu düster gemalt. Die demokratische Wahlrechts-
bewegung in den süddeutschen Staaten scheint mir der
erste Schritt zur Reichseinkommensteuer zu sein. Redner
regt unter lebhaftem Beifall auf verschiedenen Seiten des
Hauses eine Besteuerung der Eisenbahnrenten an, da
Preußen auf diese Weise scharfer herangezogen werden
könne.

Werner (M.) ist mit dem Vorredner durchaus ein-
verstanden.

Dr. Müller-Sagan (F.) hält es für leichter, die
Mittel zur Deckung des Reichs-Defizits aus der vierten
Dimension, als aus den preussischen Eisenbahnbeiträgen
herauszuholen. (Sehr wahr! links.) Im übrigen tritt
Redner für den Kommissionsbeschluss ein und sieht die
einzige Möglichkeit, zu einer gebundenen Finanzverwaltung zu
gelangen, in der Abkehr von der Weltpolitik und in der
Rückkehr zu der altpreussischen Sparsamkeit. (Sehr richtig!
links.)

Dr. Baasche (F.) äußert sich im Sinne des
Vorredners und ermahnt den Schlagkretzer, erziehllich auf
die Einzelstaaten einzuwirken. (Bravo! links.)

Dr. Südekum (Soz.): Herr v. Kardorff hat den
direkten Reichsteuern eine sehr platonische Liebeserklärung
gemacht, seine reale Liebe gehört den Verkehrssteuern an.
(Weiter links.) Der Übergang der süddeutschen Staaten zum
allgemeinen Landtagswahlrecht wird in der Tat ebenso
günstig auf eine gesunde Reichsfinanzreform wirken, wie
das brutale Geldsystem der preussischen Landesver-
waltung ungünstig darauf wirkt. Galten wir an den Be-
schlüssen der Kommission fest und beschleunigen wir dadurch
ein wenig die Finanzreform! (Beifall bei den
Sozialdemokraten.)

Der Kommissionsbeschluss wird teils einstimmig,
teils gegen einige konservative und Nationalliberale an-
genommen.

Der Etat für das Bankwesen wird nach einigen
Bemerkungen des Dr. Wrenndt (M.) bewilligt.

Genau der Rest des Staats und das Staatsgesetz.
Damit ist der ganze Etat in zweiter Lesung an-
genommen.

Es folgen Wahlprüfungen.
Für gültig werden erklärt die Wahlen der Abg.
Lesche (S.), v. Janta-Bologynski (Bole), Fal-
tin (B.), Dr. Mugdan (F.), Dr. am Behnhoff (B.),
Wändler (K.), F. J. H. (S.), Schmidt-Jimmerstadt (B.)

Beweiserhebungen werden beschlossen bei den
Wahlen der Abg. Hr. v. Hodenberg (Welfe), Dr.
v. Jaunes (Graf), Maltewitsch (K.), Krause (K.),
Kern (K.), v. Maffow (K.).

Bei der Prüfung des Abg. v. Kiepenhausen (K.)
steht

Herbert (S.) stellt, daß bei der Wahl zahlreiche
Fälle von Wahlterrorismus, Saalabtreibungen usw. statt-
gefunden haben, und außerdem große Bierpenden vorge-
nommen seien.

Die Wahl wird auf Kommissionsantrag für gültig
erklärt.
Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr.
(Dritte Lesung der Militärverlesung und des Staats.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Rhein und Rheingebiete.

Mittwoch, den 29. März 1905.

Achtung, Flussschiffer! Ueber den Flussschiffahrts-Ver-
trieb von G. Drews ist wegen Lohnunterschieden die Sperre
verhängt. Zugang ist ferngehalten.

Die Lohnkommission der Flussschiffer.

Die drei großen Protestversammlungen gegen den
Wahlrechtsreform und die hiesige bürgerliche Presse. Es
ist den publizistischen Vertretern des Bürgerturns, die sich
zum Teil ja auch als Gegner des geplanten Wahlrechts
auffließen, am Montag aufscheinend ein Schied in die
Glider gefahren, als sie die dichten Massen des lübischen
Volkes haben, die Protest erhoben gegen die beschlossene
Entscheidung der Mehrheit der hiesigen Steuerzahler, denn
die Berichterstattung darüber ist sehr dürftig ausgefallen.
Der „unparteiische“ „G. A.“, der von jeder Kriegerverein-
sammlung, in der 10 Männlein anwesend sind, lange
Berichte bringt, teilt einloch mit, daß die Versammlungen
tätig gefunden haben und druckt die Resolution ab. Bei der

Gästrow. Schwurgericht. Am Sonnabend war in erster Sache der aus der Strafanstalt Dreierbergen vorgeführte, vielfach vorbestrafte Arbeiter David Hebedis angeklagt, am 24. Oktober 1904 einem Knecht in der Badischen Herberge in Rostock ein Portemonnaie mit 18 Mk. und am 27. Oktober einem Schäferknecht eine Taschenuhr mit Gewalt entwendet zu haben. Der Angeklagte bestritt seine Schuld; er wurde jedoch nach erfolgter Beweisaufnahme wegen Raubes und Diebstahls im wiederholten Rückfall nach Einbeziehung der letzten gegen ihn erkannten und noch nicht verbüßten Zuchthausstrafe von 1 1/2 Jahren in eine Gesamtstrafe von fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. — In der zweiten Sache, der letzten in dieser Schwurgerichtsperiode, erschien als Angeklagter der Rutscher Karl Schmidt, früher in Volkstrube, jetzt in Neugattersleben, der eines Sittlichkeitsverbrechens angeklagt ist. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endete mit der Freisprechung des Angeklagten.

Harburg. Die Blantener Unsitlichkeitsaffäre grüner Bourgeoispröblinge wurde bekanntlich von der sozialdemokratischen Presse scharf kritisiert und nicht minder das spätere erfolgende, äußerstes Befremden erregende Schwurgerichtsurteil, das die Räpel freisprach. Unser Harburger „Volksblatt“ hing ebenfalls der Frage die Schelle um, da die hiesige Presse die unangenehme Sache totzuschweigen suchte. Jetzt teilt das Volksblatt mit, daß es wegen Beleidigung in zwei Fällen von der Staatsanwaltschaft angeklagt wurde.

Görlitz. Der große Prozeß wegen der Eisenbahnunterkelle auf dem Bahnhof Lauban (s. heutige Beilage) im Gesamtbetrag von 48 000 Mark wurde infolge eines umfassenden Geständnisses der Angeklagten nach sechstägiger Verhandlung gestern beendet. Der Großkaufmann Nathan Friedeberg aus Breslau wurde wegen Diebstahls zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust, die Materialienverwalter Passarge und Schiemenz zu je anderthalb Jahren, Materialienverwalter Büttner zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, ferner zu dreijähriger Unfähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden. Die Eisenbahnarbeiter Rücker, Schwarz, Siegmund, Wolf erhielten je sechs Wochen Gefängnis, sämtlich wegen Beihilfe. Der Materialienverwalter Franke wurde freigesprochen. Den Angeklagten Friedeberg, Passarge und Büttner wurden je 6 Monate Untersuchungshaft angerechnet. Rechtsmittel wurden von keiner Seite eingelegt.

Dresden. Ein Herzweillungsfall. In Sebnitz erschlug der böhmische Tagelöhner Gierth aus Herzweillung seine beiden Kinder und seine Ehefrau und flüchtete nach Böhmen.

Hamburg. Erstochen. In einer Wirtschaft an Helmbrechts belästigte ein junger Tischler die Gäste durch Bestreuen mit Zuckerpulver. Infolgedessen entspann sich ein Streit. Der Burtsche zog sein Messer und erstach einen Dienstknecht.

Das Arbeitersekretariat

(unentgeltliche Anlaufstelle für Jedermann) ist geöffnet an Wochentagen von 12-2 Uhr mittags und von 6-7 1/2 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 24. März 1905.

I. Qualität 114-122
II. Qualität 112-113

Steinhaus-Viehmarkt.

Hamburg, 28. März.

Der Schweinehandel verlief mittelmäßig. Zugeliefert wurden 3300 Stück, Preis: Sengschwanz 61 Mk., Versandtschweine, schwere — 61 Mk., leichte 59-61 Mk., Sauen 54-58 Mk. und Ferkel 52-58 Mk. zu 100 Pfund.

Die glückliche Geburt einer Tochter zeigen hiermit an

E. Zachow u. Frau, geb. Bentzien.

Lübeck, den 28. März 1905

Unsern lieben Papa zu seinem Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch.

Willy und Marg.

W. Rypäret. Meine Verbindung mit dem Herrn Photograph Müller ist nicht seiner, sondern meinerseits aufgehoben.

Emilie Bull.

Ein sauberes freundliches Logis zu vermieten, Woche 2 Mk mit Kaffee

Warendorferstraße 86, III.

Kleine Gangwohnung zu vermieten.

Röhrenstraße 24, part.

Sucht zum 1. Juli eine Dreifachwohnung vor dem Burgtor Preis bis 200 Mk.

Off u. St an die Exped. d. Bl.

Zum 1. Mai ein tüchtiges Mädchen

„Goldsteinischer Hof“, Oberstraße 6

Ein kleines Haus zu kaufen gesucht am liebsten vor'm Mühlentor, Gärtner oder nahe vor'm Burgtor.

Ang. u. H P an die Exped. d. Bl.

Ein noch unterhaltenes Fahrrad zu verkaufen

Kupferschmiedestraße 12, II

Schm. Hof, ichm. Jachetz für Kunstmandira und heller Sommerhut

Reiterstraße 88.

Drei Jagdränge „Fregat“ sind billig zu verkaufen

Falkenweg 25.

2 Gangbuden zu verkaufen

Näheres Hülfstraße 122/7.

Land zu verpachten bei der Vohmühle.

Näheres Vorbeckstraße 12, I

Heimatspapiere

bejorgt

Kandalar Grünau.

Streitstraße 24

Dabei noch 200 Pfd. ff. blaue Pflanzkartoff.

zu verkaufen.

Schuhmacher Pieger, Moikling

Ein Posten Schulrängel billig

Eugelsgrube 72.

Guter bürgerlicher Mittagstisch

Kupferschmiedestraße 11.

Louis Dellien Nachflgr.

Inh.: Adolf Heyde

Wein- und Spirituosen-Handlung mit Kleinverkauf.

Gr. Burgstrasse 39. Fernsprecher 1515.

Geöffnet morgens 5 Uhr.

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen, zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.

Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten Mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrasse 50.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stilling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig. — Druck: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Niederlage der Gen.-Bäckerei. Kolonial- u. Fettwaren, Karioffelhändlg. Es empfiehlt sich bestens

Heinr. Straatmann, Rosengarten 4

Als Klavierspieler empfiehlt sich Fritz Eissmann, Dankwartstr. 42, I.

Töpfe werden billig bebunden H. Maack, Sedanstraße 26 b

Teilhabe Malerarbeit wird sauber und billig ausgeführt Westhoffstraße 43, III. Dasselbst ein leeres Zimmer zu vermieten.

Georg Behneck — Farg-Magazin — Leidenwäsche. Warendorpsstr. 4.

Schmerzloses Einsetzen künstlicher Zähne ohne Herausnahme der Wurzeln unter Garantie der Standbarkeit beim Essen. Teilzahlung gestattet. M. Marks, Zahnkünstler, Wühlentstr. 28.

Sie verdienen viel Geld! wenn Sie v. Anlauf eines Fahrrades mein gr. Lager besicht. 1a. Fahrräder unt. Garantie von 70 Mk. an. Mäntel 3 50 Mt., Schläuche 2 50 Mt., Acetylen-Laternen 1 50 Mt., Del-Laternen 1 00 Mt. H. A. Hill, Johannisstraße 9. Reparatur-Verf. statt. Benrabor, Pantferräder höchster Rabatt.

Variété Universum. Donnerstag den 30. März: Grosser Familien-Abend. Damen gänzlich frei. Zur Aufführung gelangen 4 Komödien. u a: Bäckerliebe, Herr im Heu, Hauptmann Pulversampf, Dienstmann Strudel. Freitag den 31. März: Letztes grosses Bock-Bier-Fest (Märzenbock). b. Puls.

Stadt-Halle. Donnerstag: Gastspiel der Schlierseer. Almenrosch und Edelweiß. Charakterbild mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Hans Reuert. Schlußplattler. Bithervorträge. Anfang 8 Uhr. Erwähigte Preise im Vorverkauf. Countag: Letztes Gastspiel.

Stadt-Theater. Donnerstag, den 30. März. Abends 7 Uhr. Erste 10 1/2 Uhr. 187. Vorstellung. 27. Donnerstags-Abonnement. Gastspiel von Willi Birrenkoven vom Stadttheater in Hamburg. Benefiz für Anna Daniela. Letzte Bayrer-Aufführung im alten Hause. Lohengrin. Freitag den 31. März. 188. Vorstellung. Zum 1. Male. Faust I.

Die Bauern in Rußland.

H. E. Die Wirkungen des russisch-japanischen Krieges ziehen in Verbindung mit der revolutionären Volksbewegung im russischen Reich immer weitere Kreise. Die Niederlagen der russischen Armeen und Flotten haben die innere Krise des Kolosses, die bis auf die Knochen gehende Korruption seines Verwaltungssystems bloßgelegt. Inwieweit züngelten in den Städten und den industriellen Gebieten die Flammen der revolutionären Gier. Während sich zwischen der Revolution und dem Absolutismus nun eine Art Schachspiel entwickelt hat, bei dem der letztere schließlich matt gesetzt werden muß, greift die Bewegung nun immer stärker auf das Land über. Die Bauern können nicht mehr ruhig bleiben. Die allgemeine Erbitterung reißt sie mit und Rußland steht nun auch vor einer bäuerlichen Revolution, welche unzweifelhaft mit ganz anderen Mitteln arbeiten wird, als die von mehr fortgeschrittenen und zum großen Teil klassenbewußten Politikern getragene Bewegung der Städte. Mit Schauder und Schrecken sehen die Angstmisser einen „Abgrund der wilden Anarchie“ aufklaffen.

Nun, was tut am besten, der Wahrheit einsech ins Gesicht zu sehen. Der Absolutismus wird eben auch hier ernten, was er in Jahrhunderten gesät hat und die Erschütterungen im Osten, die das Ackerfeld zu oberst lehren, lassen erst den ganzen Umfang des fürchterlichen Unheils erkennen, das im Schuldbüro des Zarentums gebuchtet ist.

Der russische Bauer war bisher, ohne es selber zu wissen, das nach der Meinung der Nachbarn unzertrennbare Fundament der europäischen Reaktion. Wie sich auch die Umgestaltungen im übrigen Europa vollziehen mochten — als Hort der Reaktion blieb immer das Zarentum, das sich auf die unbewegliche, stamm duldende und leidende Masse der russischen Bauern stützte und in dieser Position unüberwindlich schien, trotz „Anarchismus“ und Terrorismus. Die Reaktionen Europas sehen immer noch mit Hoffnung in die Zukunft, solange ihnen dieser Rückhalt gesichert erscheint. Nun kommt's mit einem Male anders.

Dem aufmerksamen Beobachter konnte freilich die schon längst unter den russischen Bauern herrschende Gährung, die sich in Krawallen, Tumulten und Aufständen zum Ausbruch brachte, nicht entgehen. Aber von einer allgemeinen Bewegung war keine Rede; manchmal schien alles wieder beruhigt zu sein. Manweh aber kommt, wie es bei Aufständen bei, eine Bewegung zum Ausbruch, die das ganze Reich erschauern ließ. Der ergreifende Notruf eines russischen Volkes: „Achtzig Millionen hungernde Bauern verlangen Brot!“ war ganz gewiß keine Uebertreibung. Wie könnte auch ein wohlhabender Bauernstand gedeihen in einem Lande, wo alles faul geworden ist?

Eine komplizierte Verwaltung, ein drückendes Steuersystem, eine alles aufsaugende Staatsmaschine — die Wirkungen solcher Zustände müssen zuletzt in krasser Form bei denjenigen Klassen der Gesellschaft sichtbar und fühlbar werden, die mit ihrer Arbeit doch die ganze Gesellschaft erhalten. Das ist eben das arbeitende Volk in Stadt und Land.

Das unfähige Elend des russischen Landvolkes entspringt aus tausend Quellen, und es wäre zu viel, sie alle aufzuzählen. In jüngster Zeit haben einige russische Schriftsteller sich an die Arbeit gemacht, um durch kräftige Schilderungen des russischen Bauernelends die Regierung zu Reue zu bringen. Aber wozu ein eitles Benehmen! Das Zarentum tut sich immer noch viel zu Gute auf die „Bauernbefreiung“ unter Alexander II. Man weiß, wie diese Maßregel der Zeitentwicklung nachgehinkt kam und wie elend sie ausgeführt wurde. Graf Leo Tolstoi hat schon vor längerer Zeit das Elend der russischen Bauern geschildert und nach seiner Auffassung gesagt, die Ursachen lägen in der ungläub-

lichen Versumpfung und Verkommenheit des ländlichen Abels und des Bauertums selbst. Man wird indessen annehmen müssen, daß auch in diesem Falle die Menschen die Opfer der Verhältnisse geworden sind. Man denke an die Potemkischen Dörfer. Von jeher hat der Absolutismus dieses große und mit so reichen Schätzen versehene Land behandelt, als habe es keinen anderen Zweck, als zum Glanze des Zarentums die unerlösbare Dackel zu sein, der es seine Mittel entnimmt. Um weiteres kümmerlich sich der Absolutismus nicht mehr, und heute hat er auch keine Potemkischen Dörfer mehr nötig.

Die Bauern leiden am heftigsten unter dem Steuerdruck, der für sie um so größer wird, je mehr die Landwirtschaft niedergeht. Verzweiflung oder Gleichgültigkeit treten an die Stelle der fleißigen Arbeit. Da ist keine Erträge im Spiel. Die vollkommenen Ausichtslosigkeit, sich über Wasser halten zu können, verändert eben den ganzen Menschen. Nun kommt noch der Krieg dazu, der eine Menge der besten Arbeitskräfte raubt. Daher die Schwierigkeit bei der Rekrutenaushebung.

Die russische Regierung wird einer revolutionären Bauernbewegung vollkommen machtlos gegenüberstehen. Um für die Landwirtschaft irgend etwas zu tun, fehlen ihr alle Mittel. Der Kredit im Ausland ist zerstückt. Wenn diese Regierung eine Anleihe für die russische Landwirtschaft aufnehmen wollte, so würde niemand glauben, daß eine solche Operation auch wirklich der Landwirtschaft zu gute käme; das Geld würde immer an den Fingern der bekannten Spitzbuben und ihres Trostes kleben bleiben.

Die Regierung wird und kann nichts für die Bauern tun. Mit Gewalt aber kann man nicht Herr über achtzig Millionen verzweifelter Bauern werden. Und so sind wir auch der Meinung, daß dieser Bauernaufruch, der zunehmend begonnen hat, den vollkommenen Zerfall des russischen Reiches ankündigt. Da gibt es nun keine Rettung mehr; das große alte Reich geht über kurz oder lang aus allen Angeln und Fugen.

Niemand konnte ahnen, daß das so rasch kommen würde. Aber nun die entscheidende Wendung da ist, sei es fern von uns, in des Peilistergeheul über die „Anarchie“ einzukommen, der Rußland nun verfallen wird. Je größer die Verbrechen sind, deren ein System sich schuldig gemacht, desto größer ist naturgemäß auch die Bewirkung, die sein Untergang mit sich bringt. Und je grausamer dieser Despotismus verfahren ist, desto rücksichtsloser werden auch seine Opfer sein. Das werden wir bald sehen. Die russischen Bauern werden aus dem ewigen Kampf mit dem Gerichtsvollzieher und mit dem Hunger nicht gerade besonders viel Sanftmut schöpfen haben.

In all diesen „Wintern und Flammen“ wird eine neue Zeit geboren. Die unvermeidlich gewordene Verhängung Rußlands bringt eine Verhängung Europas mit sich. Die alte Reaktion wird an Terrain gewaltig verlieren und die Forderungen der Völker nach Luft und Licht, nach Brot und Freiheit werden sich mächtig durchsetzen, nachdem der Aufbruch des russischen Despotismus von der Welt genommen ist. Wenn uns in dieser Hinsicht etwas beherzigen kann, so ist es die ängstlichste Sorge unserer „Westmänner“, die stinkende Macht des Zarentums, so weit es an ihnen liegt, zu stützen. Sie werden damit allerdings nur erreichen, daß nach dem voraussehbaren Siege des russischen Volks ihr Einfluß um so schneller schwindet.

Soziales und Parteileben.

Die gewerkschaftlichen Grenzstreitigkeiten aus der Welt zu schaffen oder wenigstens auf ein Minimum zu reduzieren, war der Zweck einer am 13. März in Hamburg abgehaltenen Konferenz, an der die Vertreter folgender Verbände teilnahmen: Metallarbeiter, Schmiede, Kupferschmiede, Graveure und Bismarck. Die Generalkommission war ebenfalls durch

ein Mitglied vertreten. Folgende Grundfragen bildeten die Veranlassung zu der Konferenz: 1. Welche Verständigung ist zwischen dem Verband der Metallarbeiter, dem Verband der Schmiede, dem Verband der Kupferschmiede und dem Verband der Graveure und Bismarck auf dem Gebiet der Agitation möglich? 2. Welche Taktik gedenken die vorgenannten Verbände einzuschlagen, um bei Gewinnung neuer Mitglieder nicht in Grenzstreitigkeiten zu geraten? 3. Ist eine Verständigung bei geplanten Schwebewegen, Streiks und Tarifabschlüssen in Betrieben, wo genannte Organisationen in Frage kommen, möglich? Die Konferenzteilnehmer einigten sich auf eine Resolution, in der folgenden ausgedrückt wird: 1. Die Agitatoren der auf der Konferenz vertretenen Organisationen haben sich jeder unlauteren Gegenagitation zu enthalten. In Branchensammlungen der einzelnen Berufsstände, namentlich durch Aufwerfen des Streites um die Organisationsform oder durch Ausfälle auf andere Organisationen, den betreffenden Rednern nicht entgegenzutreten werden. 2. Ein Verzeichnis der wegen Schädigung von Berufsinteressen ausgeschlossenen ist gegenseitig auszutauschen. 3. Bei beabsichtigten Streiks ist eine Verständigung der beteiligten Berufsstände vorzunehmen und herbeizuführen und den streikenden Mitgliedern der an dieser Vereinbarung beteiligten Verbände eine Vertretung im Verhältnis zu ihrer Beteiligung in der Streikleitung einzuräumen. 4. Die Zugehörigkeit von Mitgliedern zu zwei Organisationen ist unzulässig. Auch ist der Uebertritt zu einer anderen Organisation wegen Verweigerung der Leistungen und Extraktuern oder Nichtanerkennung getroffener Maßnahmen der Verbandsleitungen nicht zu gestatten. Eine Begründung der einzelnen Sätze wird in der „Metallarbeiterztg.“ veröffentlicht. — Auch die Vorstände des deutschen Buchbinders- und des Portefeuillier-Verbandes haben einen Kartellvertrag abgeschlossen, welcher die beiderseitigen Agitationsgebiete abgrenzt. Etwaige existierende Differenzen sollen durch die Verbandsvorstände in friedlicher Weise geregelt werden. An Orten, wo von beiden Verbänden Zweigvereine bestehen, sollen die betreffenden Bevollmächtigten zwecks einheitlicher Agitation regelmäßige gemeinsame Sitzungen abhalten. Auch bei Vorgehen gegen die Fabrikanten, ebenso bei Abwehrmaßnahmen sollen sich beide Organisationen zu gemeinsamen Handeln in Verbindung setzen. Uebertritte einzelner Mitglieder von einer in die andere Organisation können nur mit Zustimmung der beiden Verbandsvorstände geschehen. Jeder Gewerkschaftsfreund wird es lebhaft begrüßen, wenn es auf diese Weise gelingt, die leidigen Grenzstreitigkeiten zu vermeiden.

Brandunglück in einer Genossenschaftsveranstaltung. 16 Parteigenossen in Wien, die sich vor ein paar Jahren zu einer „Genossenschaft der Kaufwaren-Verarbeiter“ zusammengelassen haben, hat schweres Unglück getroffen. Wahrscheinlich durch Selbstentzündung von Zündholz ging am Donnerstag ihre in einem Durchflügel des Hauses VI. Stumpfergasse Nr. 12 untergebrachte Werkstätte samt aller Ware und Inventar in Flammen auf und wären es nicht die meisten Arbeiter sofort bei den Fenstern der im ersten Stockwerk gelegenen Werkstätte hinausgesprungen, so hätte der Brand noch mehr Opfer gekostet, als er leider kostete. Einer der regsten in der Genossenschaft, der Genosse Josef Popplschil, kam in den Flammen um und ums Leben. Fünf andere erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Die übrigen retteten durch die Frucht auf ein Dach und durch gewagte Sprünge in den Hof zur Not das nackte Leben — aber auch nicht als das die der Brand entstand, keiner weiß es. Pöblich hörten sie einen Knall und gleich darauf fiel die Stuckwand, die den allgemeinen Arbeitsraum vom Notraum trennte, um, auf Popplschil, der der Wand am nächsten war, war knapp vorüber aufgeprungen und war mit dem Rufe: „Wasser! Wasser!“ in die Küche des Genossenschaftskassierers, des Genossen Ferdinand Rahmayer, geht. Gleich darauf rannte

Ein schwerer Verbrecher.

Erzählung von P. Salamon.

1. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Ja, Timisch, auf unsere Leute können wir uns schon verlassen. Aber jetzt fängt es für uns alle an, kritisch zu werden.“

„Wie meinst du das?“

„Dass du noch nichts davon gehört? Ja so, du warst ja heute in der Stadtverordnetenversammlung. Dann laß Dir also erzählen. Wie ich gestern beim Abendbrot saß, kommt mein Schwager, der als Schreiber beim Arbeitgeberbund in ihrem Arbeitsnachweise angestellt ist, und teilt mir mit, daß heute Morgen mit dem ersten Zuge ein größerer Trupp von arbeitswilligen Italienern erwartet werde, und daß in kurzer Zeit ebenfalls noch einige Trupps folgen würden. Sofort benachrichtigte ich einige unserer Leute und so fanden wir heute Morgen erwartungsvoll auf dem Bahnhofe. Hier fiel uns gleich eine große Anzahl von Schutzleuten auf, welche über den ganzen Perron verteilt waren. Ebenso waren zum Empfang der Streikbrecher mehrere Reiter anwesend und so konnten wir an der Mächtigkeits der uns zugegangenen Meldung nicht mehr zweifeln. Als der erwartete Zug endlich hielt, entstieg aus dem vorderen Wagen vierter Klasse langsam die Italiener. Es mochten wohl gegen achtzig Mann sein. Schnell wurde der ganze Trupp von den Schutzleuten umringelt und unter Vorantritt der Reiter setzte sich der Trupp in Bewegung. Langsam folgten wir. Vor der halb fertigen neuen Gasanstalt wurde Halt gemacht und nun ging die Verteilung der Italiener an die anwesenden Reiter vor sich. Ich sage dir, Timisch, es war ein Schauspiel für Götter. Wir glaubten uns auf einem Sklavenmarkt aus dem Mittelalter versetzt. Als endlich die Verteilung der Leute stattgefunden hatte, bewegten sich nun die Italiener, in kleinen Trupps aufgelöst,

nach ihren Arbeitsplätzen, dabei immer natürlich von Schutzleuten umgeben, damit wir etwa ja nicht Gelegenheit hätten, uns diesen Arbeitswilligen zu nähern. Ebenso werden diese auf ihren Plätzen interniert und vor jedem Bau ist ein Schutzmannsposten platziert, sobald ein Herankommen an die Italiener einfach unmöglich ist. Was sagst du nun dazu, Timisch?“

„Erregt halte Timisch zugehört. „Nun freilich, das verabschiedet nur die ganze niederträchtige Organisation unserer herrschenden Gesellschaftsklasse. Wir versuchen man die Arbeiter auszuhebeln und sie zu willenlosen Werkzeugen herabzudrücken, und als das nicht schnell genug gelingt, da wird dieselbe Internationalität, welche man uns als ein Verbrechen vorwirft, auf das Schild gehoben und man heßt aus aller Herren Länder gefügiger Elemente herbei, um so den Arbeiter gegen den Arbeiter auszuspielen. Wui Teufel nochmal, ist das eine Erbarmlichkeit. Mit großen Schritten durchmaß er das Zimmer. „Nun, Marner, hast ihr schon darüber beschlossen, was jetzt zu tun ist?“

„Nun, wir sind wir nicht einzig, was wir dagegen begangen werden. Nur das begreifen wir: Gelingt es unseren Meistern, noch weitere solcher Trupps heranzuholen, dann müssen wir zusehen, daß sobald wie möglich der Streik beigelegt wird. Komme es, wie es wolle.“

„Nun“, sagte Timisch gütig, „hoffentlich wird man diese Streikbrecherlosungen bei dem bald stattfindenden Fürstentum ebenfalls als Spalter gebrauchen, damit auch der Fürst sieht, daß die bestehenden Klassen es vortrefflich verstehen, die so viel geschwätzte Internationalität für ihre Zwecke auszunutzen.“

Der Reiter der Beilage trat jetzt ein und bat um weiteres Manuskript für die morgen erscheinende Nummer.

Timisch trat auf seinen Kollegen zu und fragte: „Wie findest du diesen Sozialist. Kampf?“

„Etwas sehr scharf gehalten. Ja, ich muß sagen: etwas zu scharf.“

„Ich was! Für eine solche Wirtschaft kann man garnicht scharf genug schreiben.“

„Doch! aber auch an deine Frau und dein Kind, Heberich Timisch. Wenn die Sorte da dich mal zu fassen kriegt, dann ist dir dein Leben und deine ganze Familie und deine unbeschreiblichen Schmerzen zu fühlen.“

„Na, mehr wie höchstens einige Monate kann's doch nicht kosten, und die schme ich gern auf mich. Weiß ich doch, daß morgen beim Essen dieses Krüchels verschiedene dieser Herren vor Wat bestien möchten.“

Darauf übergab er dem Reiter sein Manuskript, so wie die von Kump für den lokalen Teil bearbeiteten Sachen. Dann wandte er sich an Kump und meinte: „Den famosen Bericht unseres Marner über den Kampf du ja wohl. Ich habe nämlich unseren Hunger überlassen und an dieser Aufregung bekommen und da meine Frau wohl auch schon sehnsüchtig auf mich wartet, so will ich mich schleunigst entfernen. Auf Wiedersehen denn!“ Und nach herzlichem Händedruck war er an der Tür.

Als er in das Wohnzimmer seiner kleinen aber gemütlichen Wohnung trat, kam ihm schon lange erwartend, seine Frau entgegen.

„Aber Albert, wie lange du wieder bleibst, du mußt ja fürchterlich hungrig sein. Du opferst dich noch ganz auf. Und wie erregt du wieder ansiehst! Hast wohl wieder viel Hunger gehabt?“

„Ja, Beria, das habe ich gehabt. Aber etwas leidlich ist mir schon geworden, nachdem ich alles, was ich auf dem Herzen hatte, heruntergeschrieben habe. Aber nun schick mir mein Essen. Ich habe einen Wolfshunger!“

Seine Frau eilte hinaus und kehrte bald mit dem erwarteten Mittagessen zurück.

„So, Albert“, sagte sie freudig, „nun laß es dir schmecken. Unsere Annemarie ist schon längst wieder in die Schule und muß jeden Augenblick zurückkehren. Wie die immer für ihren Vater interessiert, das glaubst du garnicht.“

